

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXI 3-2015

DEPENDENZTHEORIEN RELOADED

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer, Lukas Schmidt

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhalt

- 4 STEFAN PIMMER, LUKAS SCHMIDT
Dependenztheorien *reloaded*
- 11 FERNANDA BEIGEL
Das Erbe des lateinamerikanischen *Dependentismo*
und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit
- 39 MATTHIAS EBENAU
Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: ein kritischer Dialog
zwischen Dependenztheorie und *Neodesarrollismo*
- 60 TANJA ERNST
Jenseits des ‚westlichen‘ Fortschrittsparadigmas?
Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz, Differenz
und Demokratie in Bolivien
- 86 RUDY WEISSENBACHER
Periphere Integration und Desintegration in Europa:
Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“
- 112 Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 115 Impressum

TANJA ERNST

**Jenseits des ‚westlichen‘ Fortschrittsparadigmas?
Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz,
Differenz und Demokratie in Bolivien**

„Wie anders sonst sollen wir den Extraktivismus überwinden? Indem wir mit der Rohstoffgewinnung aufhören, die Zinnbergwerke und die Gasquellen schließen und damit unsere materielle Existenzgrundlage verlieren, wie die Kritiker vorschlagen? Ist das nicht der direkte Weg zu wachsender Armut und zu einer Restauration des Neoliberalismus? Ist das nicht, was die konservativen Kräfte so sehr wünschen? Sollen mit der Ablehnung des Extraktivismus in diesem revolutionären Prozess unsere Hände gebunden werden und soll dieser Prozess somit abgewürgt werden?“ (*García Linera 2013*).

Bolivien zählt zu den linken Reformregierungen des Subkontinents, die angetreten sind, um das koloniale Erbe und damit die ökonomische Basis des Andenlandes, die historisch bedingt stark extraktivistisch geprägt ist, perspektivisch zu überwinden. Extraktivismus bezeichnet eine Entwicklungsstrategie, die auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export basiert (Acosta 2012). Dependenztheoretisch betrachtet ist das extraktivistische Akkumulationsmodell ein manifester Ausdruck der globalen Arbeitsteilung. Das hat sich mit dem Amtsantritt der Regierung Morales nicht verändert. Im Gegenteil, der Primärgüterexport hat, nicht zuletzt aufgrund der globalen Nachfrage und günstigen Preisentwicklung, weiter an Bedeutung gewonnen und macht quantitativ betrachtet mehr als 95 Prozent des bolivianischen Gesamtexportvolumens aus (Burchardt/Dietz 2014: 47ff). Dieser Neo-Extraktivismus unterscheidet sich vom klassischen Extraktivismus durch eine Wiederaneignung der Kontrolle des Staates über zentrale ökonomische

Ressourcen und Sektoren sowie umfangreiche sozialpolitische Anstrengungen zugunsten der benachteiligten Bevölkerung (Gudynas 2012).

Andererseits erzeugen die wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen, die durch Infrastrukturprojekte, eine wachsende Zahl an Mega-Projekten sowie die deutliche Ausweitung von Explorationsvorhaben in Schutzgebiete und indigene Territorien gekennzeichnet sind, zunehmend sozial-ökologische, territoriale und politische Konflikte sowie wachsenden Widerstand ehemaliger BündnispartnerInnen und indigener Gruppen (CEADESC 2011: 10; La Razón 26.5.2015). Die Regierung, die im Wahlkampf 2005 mit dem Versprechen antrat, Bolivien zu dekolonisieren und zu demokratisieren, zählt derzeit zu den hartnäckigsten Verteidigern des extraktivistischen Modells (García Linera 2013). Die innenpolitische Zuspitzung der Positionen im Kampf um den „Prozess des Wandels“ ist im Kern eine Auseinandersetzung um das praktizierte Entwicklungsmodell und – so die These des Beitrags – eine politische Herrschaftsfrage.

Der nachfolgende Beitrag verfolgt drei Ziele. Einleitend wird der Mehrwert einer post- bzw. dekolonialen Erweiterung der Dependenztheorie postuliert und damit eine komplementäre Betrachtung materieller und immaterieller Auswirkungen von Dependenz und Differenz angestrebt. Empirisch wird dies am Beispiel des Neo-Extraktivismus in Bolivien illustriert. Dabei werden die ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge der Regierung Morales gewürdigt, aber auch Grenzen und Widersprüche des Entwicklungsmodells benannt. Der Konflikt um den Bau einer mehrspurigen Fernstraße durch das indigene Territorium und den Nationalpark Isiboro-Secure (TIPNIS) zeigt exemplarisch die politischen und sozial-ökologischen Konfliktlinien und offenbart die Fortschreibung neokolonialer Logiken und vertikaler Herrschaftsmuster. Abschließend zieht der Beitrag eine kurze Bilanz. Diese erkennt an, dass das extraktivistische Entwicklungsmodell zu einem graduellen Abbau von Dependenz sowie zu einem Auf- und Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Politiken in Bolivien geführt hat und so zu einer deutlichen Stärkung des Staates im Innern sowie nach Außen beiträgt. Zugleich aber bleibt das Entwicklungsmodell volatil und begünstigt autoritär-paternalistische Tendenzen, die im direkten Widerspruch zu den Dekolonisierungs- sowie Demokratisierungsversprechen der Regierung und der neuen Verfassung stehen.

I. Dependenz trifft Differenz – vom Mehrwert lateinamerikanischer Debatten

Theoretisch-konzeptionell lässt sich die nachfolgende Analyse des bolivianischen Transformationsprozesses sowohl von dependenztheoretischen als auch post- bzw. dekolonialen Zugängen aus Lateinamerika leiten. Beide Perspektiven analysieren kolonial entstandene und bis heute andauernde Abhängigkeits-, Ausbeutungs-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Süden (Hauck 2012: 41ff).

In den originär in Lateinamerika entstandenen dependenztheoretischen Ansätzen der 1960er Jahre werden vor allem ökonomische Folgen der internationalen Arbeitsteilung und außenwirtschaftliche Abhängigkeiten betrachtet, die sich aus der kolonialen Eroberung und der daraus resultierenden Beherrschung des Weltmarktes durch die kapitalistischen Metropolen ergeben haben. Aber entgegen der vielfachen Engführung auf makroökonomische Aspekte haben dependenztheoretische Zugänge über das Konzept der strukturellen Heterogenität (Córdova/Michelena 1969) sowie die Marginalitätsstudien (u.a. Quijano 1974) auch soziologische Analysen der Abhängigkeitsverhältnisse vorgenommen sowie kulturelle Aspekte, wie die Übertragung von Konsummustern aus dem Zentrum in die Peripherie (u.a. Furtado 1972), kritisiert. Die in den 1970/80er Jahren im anglophonen Sprachraum aufgekommene Theorieströmung des Postkolonialismus hat ihren Ursprung innerhalb der *cultural studies* und Teilen der Literaturwissenschaften und entstand nicht zuletzt in Auseinandersetzung, Abgrenzung und der kritischen Erweiterung klassisch materialistischer Analysen.

Insgesamt handelt es sich bei den postkolonialen Studien um disziplinenübergreifende Interventionen, die oft sehr unterschiedliche theoretisch-analytische Zugänge wählen. Gemeinsam ist ihnen die – häufig diskursanalytisch untersuchte – Frage danach, wie die Kolonisierung Identitäten und symbolische sowie institutionelle Repräsentationen der postkolonialen Gesellschaften, das Selbstverständnis Europas sowie die wechselseitigen Selbst- und Fremdzuschreibungen prägt. Dabei werden biologistische und essenzialistische Vorstellungen von ‚Rasse‘, Ethnie, Kultur und Identität dekonstruiert und binäre bzw. dichotome Zuschreibungen bewusst aufgebrochen (Costa 2005: 221). Zentral sind ferner Fragen nach dem Zusam-

menhang von Wissen, Macht und Herrschaft sowie die Dominanz und der universelle Geltungsanspruch der modernen, rationalen Wissensproduktion in den Metropolen.

Aus Sicht der Autorin besitzen beide Theorieströmungen inhaltliche Schnittmengen und bieten wichtige Einsichten, um die Vielschichtigkeit und Beharrlichkeit (post-)kolonialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse im nationalen sowie internationalen Kontext analysieren zu können. Da beide Ansätze heterogen sind und keine in sich geschlossenen Theoriegebäude bilden, gibt es neben Gemeinsamkeiten zweifelsohne auch zahlreiche Unterschiede und Gegensätze (vgl. u.a. Grosfoguel 2000; Kapoor 2002; Ziai 2010). Nichtsdestoweniger sollen im Folgenden nicht die wechselseitigen Kritiken sowie die inneren Kontroversen im Fokus stehen, sondern Stärken beider Ansätze zusammengedacht werden. Das fällt im lateinamerikanischen Kontext leichter, da Teile der post- und vor allem der dekolonialen Debatten, anders als die stark poststrukturalistisch orientierte angloamerikanische Debatte, von Anbeginn dependenztheoretisch sowie weltstheoretisch beeinflusst waren (Bortoluci/Jansen 2013: 201ff; Ernst 2010; Rivera Cusicanqui/Barragán 1997).

Exemplarisch lässt sich das an Aníbal Quijano, einem wichtigen Vertreter der Dependenztheorie und späterem Gründungsmitglied des Netzwerkes Modernität/Kolonialität, illustrieren. Anfang der 1990er Jahre entwickelte Quijano im kritischen Dialog mit Immanuel Wallerstein sein Konzept der „Kolonialität der Macht“. Es unterstreicht, dass sich die koloniale Machtausübung nicht auf die gewaltsamen Zwangsakte und die Unterwerfung der ehemaligen Kolonien sowie auf manifeste Formen militärischer, ökonomischer und politischer Einflussnahme beschränkt hat, sondern viel umfassender wirkt und auch die kognitive, erkenntnistheoretische und ideologische Ebene einschließt (Quijano 1993).

Ein weiterer Autor, der in seinem Denken marxistische und postmoderne Zugänge vereint und großen Einfluss auf die Gruppe Modernität/Kolonialität ausübte, ist Enrique Dussel (Castro Gómez/Grosfoguel 2007). Dussel setzt sich in seinen Werken kritisch mit dem universalistischen Anspruch der europäischen Philosophie der Vernunft auseinander. Die zentralen Begrifflichkeiten seiner Kritik am Eurozentrismus lauten Exteriorität und Transmoderne (Dussel 1993). Mit Exteriorität bezeichnet Dussel die Position all derjenigen, die ‚außen stehen‘. Das heißt diejenigen Welt-

regionen, Kulturen und Subjekte, die in der Metaerzählung der europäischen Moderne vereinnahmt, unterdrückt oder zum Schweigen gebracht wurden. Mit dem Konzept der Transmoderne bestreitet Dussel darüber hinaus das kulturelle und erkenntnistheoretische Monopol und die angenommene Existenz der einen dominanten Moderne (ebd.). In der Konsequenz lassen sich weder die Entwicklung der europäischen Moderne noch die Existenz lokaler Wissensformen und subalternen Perspektiven ohne wechselseitige Bezüge angemessen erfassen und verstehen (Mignolo 2009).

Vor allem Quijano, aber auch Dussel bereicherten zugleich die dependenztheoretischen Debatten (Quijano 1974; Dussel/Yanez 1990). Walter Mignolo wiederum vereint die Überlegungen Quijanos und Dussels mit den kritischen Interventionen Gloria Anzaldúas im Feld der *chicana*, *cultural* und *queer theory*. Mignolo fordert dazu auf, sich Wissensformen zuzuwenden, die als unwissenschaftlich oder vormodern belächelt und ignoriert werden, um so die dominanten Denktraditionen über erkenntnistheoretische Grenzgänge zu demaskieren und Raum für Infragestellungen und Neudeutungen von Erkenntnis zu schaffen. In diesem Kontext hat die Gruppe Modernität/Kolonialität auch den Schritt von der postkolonialen Kritik zur dekolonialen Option vollzogen. Aus Sicht des Projektes hat die erste Phase der Dekolonisierung den Staaten der Peripherie lediglich juristisch-politische Unabhängigkeit gebracht. Die zweite – noch ausstehende Dekolonisierung – die von der Gruppe mit dem Begriff der Dekolonialität oder der dekolonialen Option gefasst wird, müsse sich nun den vielgestaltigen und weiterhin intakten, kolonial überformten Machtrelationen zuwenden, um die formale Dekolonisierung zu vervollständigen (Castro Gómez/Grosfoguel 2007: 17).

Aus Sicht der Autorin leistet das Netzwerk einen wichtigen Beitrag, um dependenztheoretische Kritik mit antiessenzialistischen und dekonstruktiven Zugängen zu vereinen. Während es die politökonomische Analyse erlaubt, die materiellen und immateriellen Bedingungen von Dependenz und Differenz in ihrer subnationalen, nationalen sowie internationalen Verschränkung zu analysieren, schärft die postkoloniale Perspektive den Blick für die Hybridität und Verwobenheit kolonial tradiertter Ungleichheiten und Ausschlüsse und offenbart den sozialen Konstruktionscharakter von Selbst- und Fremdzuschreibungen. Aber nur im Zusammenspiel beider Perspektiven lässt sich zeigen, dass die Identitätssuche und

-fixierung nicht in einem vorgesellschaftlichen Machtvakuum oder losgelöst von sozioökonomischen Strukturen, symbolischen Ordnungen, gesellschaftlichen Institutionen, sozialen Praxen und historisch-spezifischen Momenten stattfindet. Selbst- und Fremdzuschreibung sind also nur in ihrem historisch-spezifischen Kontext und der Entwicklung der Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Gesellschaftliche Entwicklung aber vollzieht sich macht- und gewaltvoll und ist in diesem Verständnis nicht nur soziale Konstruktion, sondern materiell existent (Kastner 2005: 120ff).

Zu den Aspekten, die sicher nicht alle, aber Teile der dependenztheoretischen und post- bzw. dekolonialen AutorInnen einen, zählt die Kritik an den dualistischen Vorstellungen der Modernisierungstheorie (traditionell vs. modern, rückständig vs. fortschrittlich, unterentwickelt vs. entwickelt) und einer linearen Geschichtsschreibung, die davon ausgeht, dass die ‚entwickelten‘, hochindustrialisierten, liberal-demokratischen Marktwirtschaften und ihr Massenkonsum unhinterfragtes Ziel gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse weltweit seien. Darüber hinaus messen beide Ansätze der historischen Kontextualisierung gesellschaftlicher Analysen und einer transnationalen Perspektive große Bedeutung bei. Die dialektische Betrachtung von soziopolitischen Strukturen und ökonomischen Produktionsbeziehungen nahm die Dependenztheorie bereits mit dem Konzept der strukturellen Heterogenität vor. Postkolonial betrachtet, manifestiert sich diese aber auch geschlechtlich, ethnisch-kulturell, symbolisch, politisch-institutionell und erkenntnistheoretisch. Des Weiteren beschäftigen sich beide Ansätze kritisch mit der Rolle der nationalen Eliten und damit neben exogenen auch mit endogenen Ursachen von Dependenz und Differenz sowie den Verflechtungen global-lokaler Herrschaftsmuster. Ein Unterschied zwischen beiden Zugängen besteht darin, dass die dependenztheoretischen Ansätze der 1960er und 1970er Jahre dem ‚westlichen‘ wachstums- und fortschrittsbasierten Entwicklungsbegriff im Wesentlichen verhaftet blieben, während die postkolonialen Ansätze Leitbilder und Erkenntnisse, die universelle Gültigkeit beanspruchen, grundlegend zur Disposition stellen.

2. Das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell Boliviens – Erfolge, Grenzen, Widersprüche

Aus Sicht der Regierung Morales ist der Extraktivismus alternativlos und Mittel zum Zweck, um einerseits den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit gerecht zu werden und andererseits über die in der Übergangsphase erwirtschafteten Gewinne die notwendigen technologisch-industriellen und wissenschaftlich-intellektuellen Voraussetzungen für die perspektivische Überwindung des Extraktivismus zu schaffen (García Linera 2013).

Während die Geschichte des Landes seit der kolonialen Eroberung extraktivistisch geprägt ist, stellt die positive Entwicklung der makroökonomischen Kennzahlen und die sozialpolitische Verteilung der Einnahmen seit der Amtsübernahme der Regierung Morales historisch ein Novum dar. Die Exporteinnahmen konnten seit 2006 signifikant gesteigert werden. Zu verzeichnen ist außerdem die kontinuierliche Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, des Pro-Kopf-Einkommens und der realen Wachstumsraten sowie eine staatlich kontrollierte Inflation. Die Handelsbilanz ist positiv, und Bolivien erwirtschaftet erstmalig seit mehreren Jahren Staatsüberschüsse. Hinzukommen steigende Steuer- und Zolleinnahmen, eine fortschreitende Entdollarisierung des nationalen Finanzsystems, ein Abbau der Auslandsverschuldung sowie ein hoher Bestand an Währungsreserven und privaten Spareinlagen (Ernst 2015: 149ff). Die öffentlichen Investitionen stiegen von 879 Millionen US-Dollar im Jahr 2006 auf 3,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2013. Der größte Teil wurde mit 1,5 Milliarden in den landesweiten Ausbau der Infrastruktur investiert, dicht gefolgt von 1,2 Milliarden, die in produktive Unternehmungen (Erdgas, Agrarindustrie, Industrialisierung und Bergbau) flossen. 871 Millionen wurden sozial, das heißt in Bildung, Kultur, Gesundheit, soziale Sicherung, Basisinfrastruktur sowie Wohnungs- und Städtebau investiert (La Razón 12.1.2014).

Die Wiedergewinnung der nationalen Kontrolle über die natürlichen Ressourcen erfolgte in Form von Aktienrückkäufen. Die Durchsetzung neuer Abgaben und Preispolitiken sowie die weltweit gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen haben dazu beigetragen, die Einnahmenseite in einem bisher ungekannten Ausmaß zu erhöhen. Diesen finan-

ziellen Handlungs- und Verteilungsspielraum nutzt die Regierung, um Leistungen der sozialen Sicherung gezielt auf die benachteiligte Bevölkerungsmehrheit auszuweiten.

Aktuellen Zahlen zufolge konnte die Armutsrate zwischen 2002 und 2013 in Bolivien regional am stärksten und zwar um 32,2 Prozent gesenkt werden, während die Armut im lateinamerikanischen Mittel zeitgleich um 16,4 Prozent sank (Machado 2015). Der prozentuale Anteil der bolivianischen Mittelklasse, gemessen an einer Kaufkraft von 10 bis 50 Dollar pro Tag und Kopf, stieg zwischen 2000 und 2012 von 13 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 28,7 Prozent (ebd.). Auch die laut Weltentwicklungsbericht (2014) nach wie vor hohe Einkommenskonzentration mit einem Gini-Koeffizienten von 0,56 sinkt. Dieser Prozess hat sich zwischen 2008 und 2013 beschleunigt. Im regionalen Vergleich gelang es Bolivien damit, die Einkommensungleichverteilung in diesem Zeitraum am stärksten zu verringern (CEPAL 2014: 22ff). Einer aktuellen Untersuchung der Weltbank zufolge haben dabei die 40 Prozent der Ärmsten am stärksten von den Einkommenszuwächsen profitiert (La Razón 23.7.2015).

Breite Wirkung entfalten vor allem die sozialpolitischen Verteilungspolitiken der Regierung, die darauf zielen, allen BolivianerInnen mittel- bis langfristig Zugang zu zentralen Leistungen der sozialen Sicherung (Rente, Bildung, Gesundheitssystem etc.) sowie zur Versorgung mit Basisinfrastruktur (Wasser, Strom etc.) zu gewähren. Exemplarisch sei hier auf die *Renta Dignidad* verwiesen. Die *Renta Dignidad* reagiert auf die weitverbreitete Altersarmut und hat die Situation derjenigen, die über keinerlei finanzielle Absicherung im Alter verfügen, merklich entschärft. Darüber hinaus setzt die Regierung in den Bereichen Bildung und Gesundheit kurz- und mittelfristig vor allem auf fokussierte und zweckgebundene Transferleistungen. So gelingt es, besonders vulnerable Teile der Bevölkerung unmittelbar zu erreichen. Allerdings entfalten diese Transferleistungen, wie bspw. der Bonus für werdende Mütter und ihre Kinder oder der schulische Anwesenheitsbonus, keine umverteilende Wirkung. Es handelt sich vielmehr um punktuelle Unterstützungsleistungen, die der Deckung von Grundbedürfnissen dienen. Ihre Bedeutung für und Wirkung auf die EmpfängerInnen sollte deshalb aber nicht gering geschätzt werden. Quantitativ betrachtet profitiert rund ein Drittel der bolivianischen Bevölkerung von den staatlichen Transferleistungen (La Razón 2.1.2014).

Trotz der offiziell niedrigen Arbeitslosenquote von landesweit 5,5 Prozent fallen die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der Regierung Morales bisher am geringsten aus (Opini3n 20.5.2014). Mit Blick auf Reformverfahren in der Region weisen die unternommenen Ma3nahmen – wie die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes (Arbeitszeiten, K3ndigungsschutz, Weihnachtsgeld und Urlaubsanspruch), die mehrfache und deutliche Erh3hung des Mindestlohns sowie der Versuch, Qualifizierungsangebote und Besch3ftigungsoptionen f3r besonders benachteiligte Gruppen anzubieten – zwar in die richtige Richtung, sind aber bei Weitem nicht ausreichend. Die durch staatliche Investitionsleistungen sowie Regierungsprogramme entstehenden kurzfristigen Besch3ftigungsprogramme entfalten nur tempor3r sozial- und arbeitsmarktpolitische Wirkung (Ernst 2015: 145ff). Und der boomende Sektor der bolivianischen Wirtschaft, der Extraktivismus und Export unverarbeiteter Rohstoffe, weist einen enklaven3konomischen und technologieintensiven Charakter auf, der abseits der lokalen Produktionszyklen existiert und somit wenig zur Ausweitung formeller Besch3ftigung beitr3gt (Cardoso/Faletto 2002: 48; Gandarillas 2013: 219). So hat sich die Zahl formaler, dauerhafter Arbeitspl3tze seit 2006 nicht substantiell erh3ht, und viele arbeits- und lohnrechtlich sinnvolle Reformen der Regierung erzielen f3r die ca. 70 Prozent der nach wie vor informell Besch3ftigten, Selbstst3ndigen und Subsistenzwirtschaftenden keine Wirkung (CEPAL/OIT 2014: 15; Opini3n 20.5.2014).

Damit aber bleiben die Verteilungspolitiken der Regierung weitgehend affirmativ, das hei3t, sie federn die Spitzen von Armut und Ungleichheit sozialpolitisch ab, ohne die Produktions- und gesellschaftlichen Besitz- und Machtverh3ltnisse grundlegend herauszufordern oder auch nur eine progressive Besteuerung durchsetzen zu m3ssen. Eine Neuverteilung von G3tern, Land und Lebenschancen findet auf diesem Weg nicht statt, was sich auch an der Agrarreform zeigt. Trotz der deutlich beschleunigten Erfassung und Umverteilung von staatlichem Land fehlt den Klein- und Kleinstproduzierenden weiterhin der Zugang zu Krediten und M3rkten. Schwerer aber wiegen die Zugest3ndnisse, die die traditionellen Eliten im Zuge der Nachverhandlung der neuen Verfassung im Parlament erzielt haben. So gilt die in einer Volksabstimmung beschlossene Begrenzung des Gro3grundbesitzes auf 5.000 Hektar nicht wie geplant r3ckwirkend, sondern nur noch f3r zuk3nftigen Landerwerb. Das kommt der

Fortschreibung der kolonial und postkolonial entstandenen Besitzverhältnisse gleich (Ernst 2015: 145ff, 158f u. 163ff).

Politisch betrachtet haben die sozioökonomischen Verbesserungen zusammen mit der formalrechtlichen Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit und der Erweiterung der liberal-repräsentativen Demokratie um direktdemokratische, partizipative und plebiszitäre Elemente zweifelsohne zu mehr Möglichkeiten der politischen Teilhabe und zu einer verbesserten numerischen Repräsentation von Frauen und der indigenen Bevölkerung in der nationalen Politikarena beigetragen (Mayorga 2012: 28; Zegada/Komadina Rimassa 2013). Darüber hinaus verfügte keine der demokratischen Vorgängerregierungen über mehr Legitimität als die amtierende. Sie wurde im Oktober 2014 mit 61,36 Prozent wiedergewählt (Ernst 2015: 270ff).

Aber viele neue und innovative Formen der Beteiligung und des Dialogs sowie der Pilotprozess der indigenen Autonomie sind seit 2009 ins Stocken geraten. Anders als in der ersten Amtszeit lässt sich der aktuelle Stillstand demokratischer Reformen nicht mehr mit dem Widerstand und der Vetomacht der rechten Opposition im Senat erklären. Es ist die Regierung selbst, die ihren revolutionären Anspruch konterkariert und immer weniger Interesse zeigt, das Verfassungsziel eines plurinationalen Staates zu verwirklichen, das sich weder ökonomisch noch politisch mit dem extraktivistischen Entwicklungsmodell vereinbaren lässt. Denn der plurinationale Staat erkennt an, dass Bolivien durch eine ethnisch-kulturelle Vielfalt an Lebens- und Produktionsweisen gekennzeichnet ist, die bisher vom Liberalismus dominiert wurden. Dieser monokulturelle Staat soll grundlegend transformiert werden. Dazu gehört, der jahrhundertealten Forderung der indigenen Gemeinschaften nach territorialer und kultureller Selbstbestimmung nachzukommen. Die indigenen Autonomien sind gleichbedeutend mit der Anerkennung und Institutionalisierung unterschiedlicher demokratischer Normen und Praxen im lokalen Kontext (ausführlich hierzu: Ernst 2015).

Aber auch ökonomisch steht das plurinationale Staatsversprechen keineswegs für den aktuell praktizierten Staatskapitalismus und lässt sich schon gar nicht als bruchlose Fortsetzung der extraktivistischen Akkumulation interpretieren. Anders als das Paradigma der nachholenden Entwicklung steht der plurinationale Staat für ein plurales Wirtschafts-

modell, das – trotz der angestrebten Industrialisierung und Stärkung staatlicher Souveränität – städtische Kleinstunternehmen, kooperative und insbesondere indigene Formen des Gemeinbesitzes sowie die kleinbäuerlich-kommunitären Formen des Wirtschaftens explizit fördern und erhalten will (Ernst/Radhuber 2009: 71ff; Prada Alcoreza 11.4.2015). Zugleich wurde in der Verfassung bewusst das Ziel des „Guten Lebens“ und damit die andin-amazonische Vision eines harmonischen, interkulturellen Zusammenlebens von Mensch und Natur verankert. Als Leitbild ist es holistisch, bio- bzw. physiozentrisch, kollektiv und zirkulär geprägt und unterscheidet sich damit grundlegend von einem liberalen (anthropozentrisch, individualistisch-rational, funktionalistisch geprägten) Welt- und Menschenbild sowie dem wachstumsbasierten Entwicklungsbegriff westlicher Provenienz (u.a. Medina [2001] 2008; Wanderley 2011).

Bilanzierend lässt sich deshalb sagen, dass das praktizierte extraktivistische Exportmodell trotz der erwirtschafteten Mehreinnahmen und der positiven Resultate der sozialen Verteilungspolitik sowohl ökonomisch als auch politisch im Widerspruch zur 2009 verabschiedeten Verfassung steht.

2.1 Dependenztheoretische und postkoloniale Zweifel am Extraktivismus

Anders als die Regierung Morales, die argumentiert, dass Extraktivismus nur ein technisches System der Naturaneignung sei und eine Etappe darstelle, die über die gezielte Investition der Mehreinnahmen in die Industrialisierung des Landes überwunden werden könne (García Linera 2013), lässt sich dependenz- und rententheoretisch sowie postkolonial argumentieren, dass der Rohstoffexport ein wachstumsbasiertes Entwicklungsmodell reproduziert, das die kolonial tradierten Nord-Süd-Beziehungen, die internationale Arbeitsteilung sowie die imperiale Lebensweise mit den entsprechenden Produktions- und Konsummustern vertieft (Brand/Wissen 2013). So wirkt der Extraktivismus als Produktions- und Entwicklungsmodell auch auf die gesellschaftliche Organisation, die Rolle und das Selbstverständnis des Staates und auf das politische System sowie die Konsummuster, Normen und Weltanschauungen zurück. Das birgt die Gefahr, extraktivistische Logiken innergesellschaftlich fest- und fortzuschreiben (Lander 2014: 11ff).

Gleichzeitig illustrieren die jüngst gefallen Weltmarktpreise die Volatilität des Modells und das stete Risiko sinkender Exporterlöse (La Razón 29.12.2014). 2015 werden die sinkenden Weltmarktpreise spürbar, erstmalig seit 2006 übersteigen die Ausgaben für Importe die Einnahmen der Exporte (La Razón 28.9.2015). Hinzukommt, dass die Prosperität des letzten Jahrzehnts trotz zahlreicher Anstrengungen nicht ausreichte, um die angestrebte Diversifizierung und Industrialisierung der bolivianischen Wirtschaft in der Agrarproduktion sowie in den Bereichen Bergbau, Gas, Lithium und Petrochemie substanziell voranzubringen (Arias 2011; Colque 2015; Cunha Filho 2014: 150; La Razón 28.10.2011; Rodríguez Carmona/Aranda Garoz 2014).

Aus dependenztheoretischer und postkolonialer Perspektive ist der Extraktivismus aber ohnehin ein höchst vager Garant für die anvisierte ökonomische Unabhängigkeit und gesellschaftliche Dekolonisierung Boliviens. Der Abbau von mineralischen und metallischen Rohstoffen, Erdöl und Erdgas erfordert Know-how und Technologietransfers, was die Abhängigkeit und Einflussnahme transnationaler Konzerne sowie die Übernahme von ‚westlichen‘ Konsummustern begünstigt (u.a. Dos Santos 1970; Furtado 1972). Eine andere Kritik, die von Raúl Prebisch als säkulare Verschlechterung der Terms of Trade, von Paul A. Baran als Surplus-Transfer sowie von Arghiri Emmanuel und anderen als ungleicher Tausch diskutiert wurde, ist die Tatsache, dass beim klassischen Rohstoffexport – gemessen an den Gewinnen der Weiterverarbeitung – nur ein kleiner Teil der Wertschöpfung im Land selbst verbleibt. Hinzu kommt die einseitige Abhängigkeit von der Nachfrage und den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, die reine Exportökonomien sehr anfällig für externe Entwicklungen und Krisen machen. Perspektivisch unterminiert Extraktivismus zudem seine eigene wirtschaftliche Basis, da er auf der Überausbeutung von Agrarflächen und nicht erneuerbaren Rohstoffen basiert und die Externalisierung von Schäden und Folgekosten nicht einrechnet (Burchardt/Dietz 2014: 469, 476). Weder die Folgen für die lokale Bevölkerung noch die unwiderrufliche Zerstörung von Lebensgrundlagen werden volkswirtschaftlich oder gar weltwirtschaftlich gegengerechnet. Im Falle Boliviens liegen die meisten Rohstoffe überdies innerhalb von indigenen Territorien, sodass kolonial tradierte Muster der innergesellschaftlichen Lastenungleichverteilung sowie der globalen Ausbeutung fortgeschrieben werden.

Auch arbeitsmarktpolitisch trägt der Export unverarbeiteter Rohstoffe kaum zur Erhöhung formeller Beschäftigung bei. Im Gegensatz zum Rohstoffabbau ist der Agrarexportsektor zwar in aller Regel beschäftigungsintensiver, erzeugt jedoch über Monokulturen, Mechanisierung, den hohen Düngemittel- und Pestizideinsatz, großflächige Bewässerung, Gentechnik, internationale Saatgutmonopole sowie den wachsenden Flächenbedarf ebenfalls massive Auswirkungen auf die betroffenen Regionen und die dort lebende sowie arbeitende Bevölkerung (Borras Jr. et al. 2011). Zudem führen beide Formen des Extraktivismus zu vermehrter Landnahme durch Großkonzerne und zu territorialen sowie sozial-ökologischen Konflikten (Castro et al. 2014). Neben der fortschreitenden Unterminierung der verfassungsgemäß garantierten Rechte für die indigene Bevölkerung und der Umgehung und Aushebelung von Territorial- und Umweltschutzgesetzen zeigen die nachfolgenden Ausführungen zum TIPNIS-Konflikt, dass die Logik eines wachstums- und fortschrittszentrierten Entwicklungsbegriffs politische Konsequenzen hat, die auch bei einer linken und sich selbst als indigen verstehenden Regierung (neo-)koloniale Argumente und autoritär-paternalistische Verhaltensweisen reproduziert.

2.2 Dekolonisierung oder Fortschritt? Zur Macht von Paradigmen und Diskursen

Im Zuge des wachsenden Widerstandes gegen das extraktivistische Modell brechen einerseits die komplexen innergesellschaftlichen Interessensgegensätze (im Regierungslager bzw. innerhalb sowie zwischen indigenen und indigen-gewerkschaftlichen Organisationen) wieder auf, und andererseits lassen sich zugleich deutlich mehr historische Kontinuitäten als emanzipatorische Brüche beobachten. Die proklamierte Dekolonisierung und Demokratisierung Boliviens, die die Diskurse und die Politik der ersten Amtszeit der Regierung Morales prägte, hat sich seit 2009 zusehends in ein linksnationalistisches Modernisierungsprojekt verwandelt, das historisch betrachtet einen lang gehegten Traum von großen Teilen der lateinamerikanischen Linken darstellt. Viele der aktuellen Ziele und politischen Prioritätensetzungen der Regierung Morales lassen sich wie eine Fortsetzung der sogenannten unvollendeten Revolution von 1952 lesen (Cunha Filho 2014; Ernst 2015: 166ff). Wie der nachfolgende Exkurs

zum TIPNIS-Konflikt verdeutlicht, schreibt sich die Regierung Morales im Blick auf und im Umgang mit der indigenen Bevölkerung dabei in die lange Reihe derer ein, die Indigene nicht als eigenständige Subjekte, sondern als zu entwickelnde Objekte begreifen.

Historisch entstand diese Perspektive und Politik des „integrationistischen Indigenismus“ in den 1920er Jahren. Im Zuge des gestiegenen kreolisch-mestizischen Selbstbewusstseins und des wachsenden Abgrenzungsbedürfnisses gegenüber Europa wurde damals erstmalig mit der automatischen Glorifizierung alles Europäischen sowie der Verachtung alles Indigenen gebrochen. Doch die neue Würdigung erfolgte selektiv und bezog sich ausschließlich auf die Leistungen vergangener Hochkulturen, während die zum Teil nomadischen sowie kleinbäuerlichen Lebens- und kommunitären Produktionsweisen weiterhin als rückständig betrachtet wurden. Um das Ziel der nachholenden Entwicklung und die Konsolidierung homogener Nationalstaatsprojekte verwirklichen zu können, sollte dieser indigene Anachronismus über kulturelle Anpassung, Modernisierung und soziale Vermischung überwunden werden. In der Folge wurde der „integrationistische Indigenismus“ als zentral erachtet, um Wachstum und Fortschritt auf der Basis einer eigenständigen lateinamerikanischen Identität einzuleiten (Ströbele-Gregor 2004: 4). Damit aber blieb der Indigenismus, trotz partiell wohlmeinender und die Rechte der Indigenen stärkender Reformen, im Kern eine modernisierungstheoretische und instrumentell-interessengeleitete StellvertreterInnenpolitik. Es waren die privilegierten gesellschaftlichen Gruppen, die im Namen der Indigenen sprachen und über ihre ökonomische und kulturelle Integration sowie Zivilisierung beratschlagten (Ernst 2015: 1f u. 85ff).

2.2.1 TIPNIS – ein postkolonialer Blick auf einen vielschichtigen Konflikt

Das indigene Territorium und nationale Schutzgebiet Isiboro-Secure (TIPNIS) liegt östlich vom Department La Paz zwischen dem Tieflanddepartment Beni und dem zentralen Department Cochabamba am Rande des Amazonasbeckens. Aufgrund seiner Biodiversitätsdichte wurde das Gebiet bereits 1965 unter Schutz gestellt. Es ist der Lebensraum und das Rückzugsgebiet für drei indigene Tieflandgemeinschaften. Der Aufstieg der indigenen Bewegungen erfolgte im Hochland Boliviens ab den 1970er Jahren, im Tiefland ab den 1980er Jahren. Der erste Protestmarsch der

indigenen Tieflandvölker im Jahre 1990 erkämpfte, dass der Nationalpark Isiboro-Secure zum indigenen Territorium erklärt wurde. Seither steht der TIPNIS offiziell unter der Verwaltung der drei Tieflandgemeinschaften sowie der nationalen Schutzbehörde SERNAP.

Das geplante Straßenbauprojekt ist Teil eines Verbundes aus insgesamt 531 Megaprojekten der lateinamerikanischen IIRSA-Initiative, einer geopolitischen Initiative zur regionalen Integration der Infrastrukturprojekte Südamerikas, die vor allem von Brasilien forciert wird. Innerhalb Boliviens sollen der dreitrassige Straßenneubau die Departements Cochabamba und Beni verbinden. Zugleich ist das Projekt ein wichtiger Bestandteil des anvisierten Ausbaus des überregionalen Straßenverkehrsnetzes, um eine Überlandverbindung vom Atlantik bis zum Pazifik zu schaffen, die gleichzeitig der Erschließung der Amazonasregion dient. Da im Amazonasbecken größere, noch unentdeckte Vorkommen fossiler Brennstoffe vermutet werden, ist die infrastrukturelle Erschließung der Region auch als Entwicklungskorridor für zukünftige Energiegewinnungsprojekte zu sehen (Paz 2012: 91f).

Das erklärt auch die Zusage Brasiliens, den Trassenausbau in Bolivien über zinsgünstige Kredite zu 70 Prozent zu finanzieren. Im April 2010 stimmte das bolivianische Parlament dem Kredit der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES zu und die ersten Baumaschinen aus Brasilien rückten an, obwohl vor Ort mit Protesten zu rechnen war. Die TIPNIS-BewohnerInnen, die laut bolivianischer Verfassung zuvor hätten konsultiert werden müssen, entschieden in einer Versammlung, das sie sich nicht grundsätzlich gegen den Straßenbau aussprechen, aber die geplante Trassenführung mitten durch die Kernzone des Schutzgebietes ablehnen (Paz 2012: 84). Die GegnerInnen des Projektes, namentlich Teile der dort lebenden Tieflandgemeinschaften, sowie UmweltschützerInnen und andere indigene Hoch- und Tieflandgemeinschaften, die die territorialen Forderungen der TIPNIS-BewohnerInnen unterstützen, befürchten, dass der erleichterte Zugang zum Nationalpark der Exploration der Ölkonzernunternehmen Tür und Tor öffnen wird und dass sich bereits bestehende Probleme im Süden des Gebietes, wie der illegale Holzschlag, unerlaubte landwirtschaftliche Nutzungen, das Vordringen neuer Siedlungen sowie der illegale Kokaanbau und Drogenschmuggel in Richtung brasilianische Grenze, rasch weiter ausdehnen werden (Achtenberg 2011). Sie nahmen die

Missachtung des Konsultationsrechts sowie die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung zum Anlass für einen Protestmarsch, der national und international viel Unterstützung erfuhr.

Evo Morales, der in den ersten Jahren seiner Amtszeit den Schutz von Mutter Erde und die indigenen Kosmvisionen des „Guten Lebens“ rhetorisch stark gemacht hatte, zeigte sich im TIPNIS-Konflikt von Anfang an überraschend unversöhnlich. Während er sich wiederholt mit BefürworterInnen traf, weigerte er sich beharrlich, auf die Dialogforderungen der Protestierenden einzugehen. Er betonte mehrfach, dass die Straße „so oder so“ gebaut werde und delegitimierte den Protest zudem als irrational und von außen gesteuert. Bei einer Versammlung vor AnhängerInnen seiner Partei in der südlich gelegenen Nachbarregion Chapare ging er soweit, die jüngeren Männer aufzufordern, die ‚Schwestern‘ im TIPNIS zu umwerben und zu erobern, um sie auf diese Weise davon zu überzeugen, sich nicht länger dem Straßenbau entgegenzustellen (La Razón 1.8.2011)¹.

Die Eroberung des Anderen ist eine gängige Herrschaftspraxis und kolonial betrachtet das angestammte Recht der Privilegierten und Zivilisierten gegenüber den inferioren Anderen. Morales weist, wenn auch mit einem Augenzwinkern, seine politische Basis respektive gewerkschaftlich organisierte Hochlandindigene und Kokabauern an, den Widerstand im Tiefland über die Eroberung der dort lebenden Frauen zu brechen. In dieser neokolonialen sowie patriarchalen Denkfigur spiegelt sich zum einen das historisch entstandene kulturelle und demografische Überlegenheitsgefühl der organisierten andinen Agrar- und Handelsgesellschaften gegenüber den meist akephalen, segmentären Tieflandgesellschaften wider (vgl. Ströbele-Gregor 1992; Untoja Choque 1999). Zum anderen offenbart die Äußerung den machistischen Blick auf die vermeintlich affektbetonten, leicht zu vereinnahmenden und letztlich unmündigen Frauen, was implizit zugleich auf ihre doppelte Inferiorität, als Frauen und Indigene, verweist. Morales fordert hier zu Verhaltensweisen auf, die zu Kolonialzeiten als indigene Mittäterschaften das fremde Herrschaftssystem stabilisierten und von indigener Seite bis heute gerne ausgeblendet werden.

Demgegenüber argumentierte Vizepräsident Álvaro García Linera klassisch modernisierungstheoretisch. Er betonte, dass das Ziel des Straßenbaus ja gerade darin bestehe, die isolierten TIPNIS-Gemeinschaften in die Entwicklung des Landes zu integrieren und ihnen ihr verfassungs-

gemäßes Recht auf Bildung und Gesundheit nicht länger vorzuenthalten (Agencia Boliviana de Información 20.9.2011)². Und ganz ähnlich, nur unverblümt, brachte Roberto Coraite, selbst Quechua und Exekutivsekretär des Dachverbandes der Kleinbauern und -bäuerinnen und LandarbeiterInnen (CSUTCB), den paternalistischen Regierungsdiskurs auf den Punkt. Wie García Linera setzte er den Bau einer Straße umstandslos mit Fortschritt, Bildung und Gesundheitsversorgung gleich, um dann anzufügen, dass die Erschließung des Gebietes es den lokalen indigenen Gemeinschaften endlich ermöglichen würde, der Armut und ihrem Status als Wilde zu entfliehen (La Razón 7.9.2011)³.

Während Vorschläge zu alternativen Trassenführungen aus Kosten- und technischen Machbarkeitsgründen ausnahmslos abgelehnt wurden, verleumdete die Regierung die SprecherInnen des Protestes von Anbeginn als extern gekaufte Autoritäten, die eigene machtpolitische Interessen verfolgen und die ‚unschuldige‘ indigene Basis gezielt täuschen und verführen würden. Diese Argumentation aber spricht der indigenen Basis ein weiteres Mal in der Geschichte des Landes die Fähigkeit ab, eigenständig denken und selbstbestimmt handeln zu können. So werde der Protest von US-amerikanischen Interessen und internationalen Umweltschutzorganisationen finanziert und gelenkt. Diese verfolgten imperialistische Interessen und versuchten die wirtschaftliche Abhängigkeit Boliviens aufrechtzuerhalten, um das Land zum Schutz von Natur zu zwingen, die in den Industrieländern längst vernichtet sei (Agencia Boliviana de Información 5.10.2011; Cambio 14.10.2011a, 14.10.2011b).

Obwohl Letzteres ein bedenkenswertes Argument ist und der globale Süden das Recht auf eigene Entscheidungen besitzt, muss hier zwischen dem globalen Norden auf Regierungsebene, der keine Abstriche von den eigenen Konsum- und Lebensstandards macht und somit anderen Gesellschaften weder den Wunsch nach gleichen Standards absprechen noch die Zerstörung von Natur anklagen kann, sowie nationalen und internationalen AkteurInnen, die sich seit Langem für indigene Rechte, Umweltschutz und Menschenrechte engagieren, unterschieden werden. Im konkreten Fall waren dies indigene Organisationen sowie mehrheitlich nationale NGOs, die seit Jahrzehnten in Bolivien aktiv sind und zuvor auch Evo Morales und den MAS im Widerstand gegen die neoliberalen Vorgängerregierungen und die Militarisierung der Region Chapare unter-

stützt haben. Zum anderen ändert das Recht auf eigene Entscheidungen nichts daran, dass sich koloniale und postkoloniale Logiken der Ausbeutung und die dauerhafte Zerstörung von Natur (und indigenen Lebensräumen) wiederholt. Die Forderungen nach Dekolonisierung, indigenen Territorialrechten und die Vision einer pluralen Ökonomie sind aber keine imperialistischen Forderungen des Nordens, sondern ein selbst formuliertes Regierungs- und Verfassungsziel. Insofern muss sich die Regierung mit Blick auf ihre Entscheidungen nicht an externen Interessen, wohl aber an ihren eigenen Versprechungen messen lassen.

Die öffentlichen Äußerungen im TIPNIS-Konflikt und die jüngste Drohung des Vizepräsidenten, Nichtregierungsorganisationen, die sich politisch einmischen, zu schließen oder wie die dänische NGO IBIS des Landes zu verweisen (La Razón 11.8.2015), machen indes deutlich, dass die staatlich formulierten Ziele Wachstum, Fortschritt und Entwicklung nicht einfach nur weit nach oben auf die politische Agenda gerutscht sind, sondern notfalls auch mit autoritären Mitteln durchgesetzt werden sollen. Namhafte linke Intellektuelle aus Lateinamerika und Europa haben auf Initiative der argentinischen Soziologin Maristella Svampa dazu einen offenen Protestbrief an den Vizepräsidenten verfasst (El Deber 13.8.2015).

3. Ökonomie – Macht – Herrschaft

Gesellschaftliche Entwicklungen und politische Prozesse lassen sich nicht verstehen, wenn Politik und Ökonomie als getrennte Sphären betrachtet werden. Der bolivianische Transformationsprozess macht das spannungsreiche Verhältnis einmal mehr deutlich: Einerseits eröffnen die ökonomischen Erfolge Verteilungsspielräume, die die Regierung nutzt, um Armut und materielle Ungleichheit abzumildern. Die Verteilungspolitik schafft ein Mehr an materieller und politischer Gleichheit, aber auch die Möglichkeit, WählerInnen an sich zu binden und das politische Projekt zu konsolidieren. Diese Konsolidierung aber geht zulasten der Verfassungsziele. So schreibt der neo-extraktivistische Entwicklungspfad koloniale ökonomische Ausbeutungsverhältnisse und politische Hierarchisierungs- und Ausgrenzungsprozesse fort und führt zu sozial-ökologischen

Konflikten und Kosten, die die gerade erst errungenen demokratischen und indigenen Rechte erneut unterminieren.

Zudem ist der (Neo-)Extraktivismus offenkundig keine rein technische Form der Naturaneignung, sondern verändert die politischen Machtverhältnisse, die Prioritätensetzungen sowie das Selbstverständnis und den Führungsstil der Regierung. Die Frage, warum die Regierung und große Teile des regierungsnahen Spektrums die Ziele Modernisierung, Wachstum und Fortschritt derartig vehement verfolgen, lässt sich nicht leicht beantworten. Fakt ist, dass es in Bolivien einen großen Bedarf an sofortigen sozialen Verbesserungen gab und gibt. Zugleich wird Evo Morales international oft auf die Rolle des ersten indigenen Präsidenten reduziert. Das aber verstellt den Blick auf seine primär gewerkschaftliche Sozialisation und seine politische Nähe zur traditionellen Linken. Diese aber hat sich in Bolivien (und anderswo) nie wirklich vom Traum der nachholenden Entwicklung und einem starken Nationalstaat verabschiedet. Der politisch über Jahrzehnte herrschende Konflikt zwischen indigenen und gewerkschaftlichen Positionen, die die indigene Frage stets als Klassen- und Fortschrittsfrage begriffen haben, konnte in Bolivien offensichtlich nur temporär – im Zuge wahlstrategischer Positionierungen sowie im Rahmen der konstitutionellen Neugründung – überbrückt werden (Ernst 2015: 86 u. 170). Der Ausbau und die Konsolidierung der politischen Macht seit 2009 aber erlaubt es der Regierung, weniger Rücksicht auf die unterschiedlichen politischen Visionen im heterogenen Regierungslager zu nehmen. Die staatlichen Einnahmen sowie ihre gerechtere Verteilung bilden nunmehr das Rückgrat für eine breite politische Zustimmung, und zwar ohne dabei das Wagnis progressiver Besteuerung und gesellschaftlicher Umverteilungsprozesse eingehen zu müssen.

Darüber hinaus überrascht, dass eine linke Regierung in Lateinamerika, die den Extraktivismus als Übergangsphase und Sprungbrett in eine nichtkapitalistische, kommunitäre Zukunft erachtet (García Linera 2013), sich weder kritisch mit den Gründen des weitgehenden Scheiterns der Geschichte der importsubstituierenden Industrialisierung in der Region beschäftigt noch ökonomische Strategien vorlegt, die erläutern, wie das Land den Sprung vom Extraktivismus zur Industrialisierung und Wissensgesellschaft schaffen will und wie diese Gesellschaft den Schritt in eine vom Weltmarkt abgekoppelte und kommunitäre Zukunft umsetzen will.

Aus dependenztheoretischer und post- bzw. dekolonialer Sicht spricht leider nicht viel dafür, dass dies gelingen wird. Zugleich haben die Nicht-regierungsorganisationen, denen jüngst mit Schließung und Ausweisung gedroht wurde, eines gemeinsam: Sie haben sich wiederholt kritisch zum extraktivistischen Entwicklungspfad der Regierung und den negativen ökonomischen, politischen sowie ökologischen Folgen geäußert.

- 1 Evo Morales: „Si yo tuviera tiempo, iría a enamorar a las compañeras yuracarés y convencerlas de que no se opongan; así que, jóvenes, tienen instrucciones del Presidente de conquistar a las compañeras yuracarés trinitarias para que no se opongan a la construcción del camino.“
- 2 Álvaro García Linera: „[...] No es correcto que vivan así. Deben tener derecho a una escuela y a la salud. Todos tienen derecho a la comunicación y no vivir aislados seis meses.“
- 3 Roberto Coraite: „Hay que diferenciar cuál da más beneficio a nuestros hermanos del territorio (indígena), la carretera o mantenerse en la clandestinidad, mantenerse como indigentes, mantenerlos como salvajes.“

Literatur

- Acosta, Alberto (2012): Extraktivismus: Die offenen Adern der Natur. <http://www.suedwind-magazin.at/die-offenen-adern-der-natur>, 8.8.2015.
- Achtenberg, Emily (2011): Bolivia: Indigenous Groups to March Against TIPNIS Highway. <https://nacla.org/blog/2011/8/12/bolivia-indigenous-groups-march-against-tipnis-highway>, 12.2.2014.
- Agencia Boliviana de Información (20.9.2011): Razones sociales, económicas, históricas y geopolíticas sustentan construcción de carretera entre Villa Tunari y San Ignacio de Moxos, 20.9.2011.
- Agencia Boliviana de Información (5.10.2011): Vicepresidente denuncia que intereses políticos, empresariales y extranjeros frenan carretera, 5.10.2011.
- Arias, Iván (2011): El estado de las empresas del Estado. <http://www.fundacion-milenio.org/Coloquios-economicos/coloquio-economico-no-23-el-estado-de-las-empresas-del-estado.html>, 3.3.2012.
- Borras Jr., Saturnino M./Franco, Jennifer C./Kay, Cristobal/Spoor, Max (2011): Land grabbing in Latin America and the Caribbean viewed from broader international perspectives. https://www.google.de/search?q=landgrabbing%2BBolivia&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=SJBpVZyxJoe6ygON_IOIDQ, 25.5.2015.

- Bortoluci, José H./Jansen, Robert S.: Toward a Postcolonial Sociology: The View from Latin America. In: *Postcolonial Sociology. Political Power and Social Theory*, 24, 199-229.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): Crisis and continuity of capitalist society-nature relationships. The imperial mode of living and the limits to environmental governance. In: *Review of International Political Economy*, 20 (4), 687-711.
- Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)extractivism – a new challenge for development theory from Latin America. In: *Third World Quarterly*, 35 (3), 468-486.
- Cambio (14.10.2011a): La marcha indígena es bandera imperio para afectar el proceso. El presidente denuncia intereses externos, 14.10.2011.
- Cambio (14.10.2011b): MORALES: Derecha y EEUU utilizan marcha del Tipnis contra el proceso. http://marcha.ftierra.org/index.php?option=com_content&view=article&id=844:rair&catid=35:news&Itemid=58, 22.2.2014.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (2002): *Dependencia y desarrollo en América Latina. Ensayo de interpretación sociológica*. México [etc.]: Siglo Veintiuno.
- Castro, Fábio de/van Dijck, Pitou/Hogenboom, Barbara (2014): *Extraction and conservation of natural resources in South America. Recent trends and challenges*. Amsterdam: CEDLA.
- Castro Gómez, Santiago/Grosfoguel, Ramón (2007): Prólogo. Giro decolonial, teoría crítica y pensamiento heterárquico. In: Castro-Gómez, Santiago/Grosfoguel, Ramón (Hg.): *El giro decolonial. Reflexiones para una diversidad epistémica más allá del capitalismo global*. Bogotá. Iesco-Pensar-Siglo del Hombre Editores, 9-23.
- CEADESC (2011): *Atlas de Megaproyectos de Infraestructura en Bolivia*. Cochabamba.
- CEPAL (2014): *Panorama Social de América Latina 2014*. http://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/37626/S1420729_es.pdf?sequence=4, 24.5.2015.
- CEPAL/OIT (octubre 2014): *Coyuntura laboral en América Latina y el Caribe. Formalización del empleo y distribución de los ingresos laborales*. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---americas/---ro-lima/documents/publication/wcms_314064.pdf, 29.5.2015.
- Colque, Gonzalo (5.8.2015): Los límites del neo-extractivismo boliviano. <http://www.ftierra.org/index.php/opinion-y-analisis/563-los-limites-del-neo-extractivismo-boliviano>, 14.8.2015.
- Córdova, Armando/Michelena, Héctor Silva (1969): Die wirtschaftliche Struktur der unterentwickelten Länder. In: dies. (Hg.): *Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas: drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 63-119.

- Costa, Sergio (2005): (Un)möglichkeiten einer postkolonialen Soziologie. In: Brunkhorst, Hauke/Costa, Sergio (Hg.): *Jenseits von Zentrum und Peripherie*. München, 221-250.
- Cunha Filho, Clayton M. (2014): El ‚proceso de cambio‘ en Bolivia: un balance de ocho años. In: *T'inkazos*, (35), 137-153.
- Dos Santos, Theotonio (1970): The Structure of Dependence. In: *The American Economic Review*, 60 (2), 231-236.
- Dussel, Enrique D./Yanez, Augustín (1990): Marx Economic Manuscripts of 1861–63 and the Concept of Dependency. In: *Latin American Perspectives*, 17 (2), 62-101.
- Dussel, Enrique D (1993): Europa, modernidad y eurocentrismo. In: Edgardo Lander (Hg.): *La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas*. Buenos Aires. CLACSO (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales), o.A., 24-32.
- El Deber (13.8.2015): 31 intelectuales del mundo piden a García Linera respeto a las ONG. <http://www.eldeber.com.bo/bolivia/intelectuales-piden-garcia-linera-respete.html>, 14.8.2015.
- Ernst, Tanja/Radhuber, Isabella (2009): Bolivianische Demokratie: Indigene Autonomie und Wirtschaftspolitik. In: *LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (2), 68-75.
- Ernst, Tanja (2010): Postkoloniale Theorie und politische Praxis: Die Dekolonisierung Boliviens. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 40 (1), 49-66.
- Ernst, Tanja (2015): Demokratie und Dekolonisierung in Bolivien. Visionen und Praktiken jenseits des liberalen Paradigmas. Kassel. <http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2015061648546/5/DissertationTanjaErnst.pdf>, 16.6.2015.
- Furtado, Celso (1972): Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt – Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 316-334.
- Gandarillas, Marco (2013): *Extractivismo y derechos laborales: el dilema del caso boliviano*. Cochabamba.
- García Linera, Álvaro (2013): Der sogenannte Extraktivismus. <http://amerika21.de/analyse/84439/garcia-linera-extraktivismus>, 20.2.2014.
- Grosfoguel, Ramón (2000): Developmentalism, Modernity, and Dependency Theory in Latin America. In: *Nepantla: Views from South*, 1 (2), 347-374.
- Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: FDCL/RLS (Hg.): *Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL-Verlag, 46-65.
- Hauck, Gerhard (2012): *Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz. Essays*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kapoor, Ilan (2002): Capitalism, Culture, Agency: Dependency versus Postcolonial Theory. In: *Third World Quarterly*, 23 (4), 647-664.

- Kastner, Jens P. (2005): Staat und kulturelle Produktion. Ethnizität als symbolische Klassifikation und gewaltgenerierte Existenzweise. In: Schultze, Michael/Meyer, Jörg /Krause, Britta/Fricke, Dietmar (Hg.): Diskurse der Gewalt – Gewalt der Diskurse. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, 113-126.
- La Razón (1.8.2011): La consulta por el TIPNIS no será vinculante. http://www.la-razon.com/index.php?_url=/economia/consulta-TIPNIS-vinculante_o_1441655852.html, 22.10.2015.
- La Razón (7.9.2011): El diálogo se estanca en San Borja. <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=137080&EditionId=2645>, 7.9.2011.
- La Razón (28.10.2011): En 6 años, la producción industrial cae de 8 a 2,7%. <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=140176&EditionId=2698>, 28.10.2011.
- La Razón (2.1.2014): Un tercio de los bolivianos recibe dinero a través de bonos sociales. http://www.la-razon.com/economia/tercio-bolivianos-dinero-traves-sociales_o_1972602726.html, 4.1.2014.
- La Razón (12.1.2014): Bolivia registra en 2013 récord de inversión pública ejecutada. http://www.la-razon.com/economia/Bolivia-registra-inversion-publica-ejecutada_o_1978002241.html, 12.1.2014.
- La Razón (29.12.2014): Bolivia recibirá menos dinero por el gas desde julio de 2015. http://www.la-razon.com/index.php?_url=/economia/Bolivia-recibira-dinero-gas-julio_o_2189181064.html, 31.5.2015.
- La Razón (26.5.2015): Decreto autoriza actividades de hidrocarburos en áreas protegidas. http://www.la-razon.com/economia/Gobierno-decreto-autoriza-actividades-hidrocarburos-areas-protectidas_o_2277972210.html, 26.5.2015.
- La Razón (23.7.2015): Banco Mundial: El incremento de ingresos benefició fundamentalmente al 40% más pobre de los bolivianos. http://www.la-razon.com/economia/Incremento-beneficio-bolivianos-Banco-Mundial_o_2312768777.html, 9.8.2015.
- La Razón (11.8.2015): García advierte que si ONG se entrometen en el país, ‘se van’. http://www.la-razon.com/nacional/Vicepresidente-Garcia-advierte-ONG-entrometen-pais_o_2324167612.html, 14.8.2015.
- La Razón (28.9.2015): Saldo comercial negativo, \$us 61,7 MM en 8 meses. http://www.la-razon.com/economia/Saldo-comercial-negativo-MM-meses_o_2352964713.html, 28.9.2015.
- Lander, Edgardo (2014): Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell für Lateinamerika und seine Widersprüche. https://www.boell.de/sites/default/files/e-paper_neo-extraktivismus_als_entwicklungsmodell_fuer_lateinamerika_und_seine_widersprueche.pdf, 24.5.2015.
- Machado, Decio (2015): Y llegaron las vacas flacas... <http://www.aldhea.org/?p=1176>, 24.5.2015.
- Mayorga, Fernando (2012): La democracia boliviana: avances y desafíos. In: Dargatz, Anja/Zuazo, Moira (Hg.): Democracias en transformación ¿Qué hay de nuevo en los nuevos Estados andinos? La Paz: Creativa, 23-79.

- Medina, Javier ([2001] 2008): *Suma Qamaña. La comprensión indígena de la Vida Buena*. La Paz: GTZ.
- Mignolo, Walter D. (2009): *Grenzdenken und die dekoloniale Option. Über das Projekt Modernität/Kolonialität/Dekolonialität*. In: *Bildpunkt, Zeitschrift der IG Bildende Kunst* 4 <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2009/dezentrale-karten/mignolo.htm>, 21.10.2013.
- Opinión (20.5.2014): *Desempleo reduce en Bolivia, pero aumenta la ocupación informal*. <http://www.opinion.com.bo/opinion/articulos/2014/0520/noticias.php?id=128454>, 30.5.2015.
- Paz, Sarela (2012): *Der Marsch der TIPNIS-Indígenas. Über den Zusammenhang zwischen den indigenen Protesten in Bolivien und den extraktivistischen Modellen Südamerikas*. In: *FDCL/RLS (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL-Verlag, 82-95.
- Prada Alcoreza, Raúl (11.04.2015): *Bolivia: Perfil económico*. <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2015041106>, 30.5.2015.
- Quijano, Aníbal (1974): *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*. In: *Senghaas, Dieter/Amin, Samir (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 298-341.
- Quijano, Aníbal (1993): *Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina*. In: *Edgardo Lander (Hg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas*. Buenos Aires: CLACSO (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales), 201-246.
- Rodríguez Carmona, Antonio/Aranda Garoz, Iván (2014): *De la Salmuera a la Batería, soberanía y cadenas de valor: Un balance de las políticas de industrialización minera del Gobierno del MAS 2006-13*.
- Ströbele-Gregor, Juliana (1992): *Vom indio zum mestizo ... zum indio*. In: *Dirmoser, Dietmar et al. (Hg.): Die Wilden und die Barbarei*. Münster: Lit, 95-112.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2004): *Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: Herausforderungen an die Demokratie*. In: *GTZ (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn, 1-27.
- Untoja Choque, Fernando/Soria, Saul (Hg., 1999): *Rebelión de un kolla*. La Paz: Fondo Editorial de los Diputados in La Paz.
- Wanderley, Fernanda (Hg., 2011): *El desarrollo en cuestión. Reflexiones desde América Latina*. La Paz: Plural.
- Zegada, María Teresa/Komadina Rimassa, Jorge (2013): *Espejo de la sociedad. Poder y representación en Bolivia*. La Paz: Plural.
- Ziai, Aram (2010): *Postkoloniale Perspektiven auf „Entwicklung“*. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 30 (120), 399-426.

Abstract

Theoretisch-konzeptionell zielt der Beitrag auf den Mehrwert einer post- bzw. dekolonialen Erweiterung der Dependenztheorie. Dazu werden vor allem die Stärken beider Ansätze aufgezeigt und eine komplementäre Betrachtung materieller und immaterieller Auswirkungen von Dependenz und Differenz angestrebt. Empirisch dient die Auseinandersetzung um das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell Boliviens als Bezugspunkt, um die Vielschichtigkeit und Ambivalenzen des laufenden Transformationsprozesses und den Mehrwert des Dialogs beider Theorieströmungen zu illustrieren. Es werden die ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge der Regierung Morales gewürdigt, aber auch Grenzen, Widersprüche und Ausschlüsse benannt. Am Konflikt um den Bau einer mehrspurigen Fernstraße wird exemplarisch auf die politischen und sozial-ökologischen Konfliktlinien verwiesen und die Fortschreibung neokolonialer Logiken und vertikaler Herrschaftsmuster sichtbar gemacht. So trägt das extraktivistische Entwicklungsmodell in Bolivien einerseits zu einem graduellen Abbau von Dependenz sowie zu einem Auf- und Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Politiken und einer deutlichen Stärkung des Staates im Innern sowie nach Außen bei. Andererseits bleibt das Entwicklungsmodell ökonomisch volatil und begünstigt politisch autoritär-paternalistische Tendenzen, die im direkten Widerspruch zu den Dekolonisierungs- sowie Demokratisierungsversprechen der Regierung stehen.

The aim of this article is to show the potentials of a post- or decolonial reformulation of dependency theory. The strengths of both approaches are highlighted in order to grasp both the material and immaterial aspects of dependence and difference. The debate on the neo-extractivist development model in Bolivia illustrates the complexity and ambivalences of the current transformation, as well as the benefits of a dialogue between the two theoretical traditions. Despite the successful implementation of economic and social policies, the article emphasises the limits, contradictions and ambivalences of the Morales government. The analysis of the TIPNIS conflict shows the political and socio-ecological conflicts and the persistence of neo-colonial forms of domination. It is argued that the extractivist development model, on the one hand, reduces dependency and

serves as the basis for the strengthening of social policies. On the other hand, it remains economically volatile and favours authoritarian and paternalistic tendencies within the government, thereby undermining its promises of decolonisation and democratisation.

Tanja Ernst

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund

tanja.ernst@ils-forschung.de